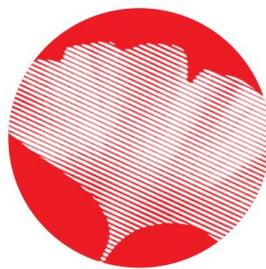


Das rote Ginkgo-Blatt



03 / 2018
268. Ausgabe

Zeitung für Mitglieder
und Sympathisantinnen des
Kreisverbandes Apolda-Weimar

DIE LINKE.



365
♀

**Jeder Tag ein Frauentag!
Gleichberechtigung
endlich umsetzen!**

DIE LINKE.

Gesucht: Linke Kandidat_innen für die Kommunalwahl

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 26. Mai 2019 finden in unserem Kreisgebiet neben den Europa- auch Kommunalwahlen statt.

DIE LINKE Apolda-Weimar möchte in den verschiedenen regionalen Gemeindepardamenten (Stadträte, Gemeinderäte, Kreistag, Ortsteilräte) mit starken Kandidat_innenlisten antreten.

Ihr habt Interesse euch als Kandidat_in zur Kommunalwahl (oder auch für die Landtagswahl im Herbst) aufstellen zu lassen? Sehr gut! - Insbesondere die Ortsteilräte können noch Verstärkung gebrauchen.

Bitte meldet euch über rgeschaefststelle@die-linke-apolda-weimar.de oder bei Genoss_innen aus dem Vorstand eures

Vertrauens zurück. Bei Fragen könnt ihr euch ebenso an uns wenden.

Zur Übersicht schon einmal unverbindlich die geplanten Termine zu den diversen Listenaufstellungs-Mitgliederversammlungen. Ordentliche Einladungen erhaltet ihr je nach Ortszugehörigkeit noch.

- Apolda (Wahlen: Direktkandidatur Landtagswahl, Kandidat_innen Stadtrat Apolda), 4. März
- Apolda (Wahlen: Kandidat_innen-Liste Kreistag), 9. März
- Bad Berka (Wahlen: Kandidat_innen Stadtrat Bad Berka), 15. März
- Weimar (Wahlen: Direktkandidatur Landtagswahl im Herbst, Kandi-

dat_innen-Liste Stadtrat Weimar), 23. März

Steffie Kosmalski

Kommunalwahlkampf?

Hier möchte ich mich einbringen:

- Infostände
- Briefkästen bestecken
- Plakate aufhängen
- Online-Wahlkampf
- Haustürwahlkampf
- Kreative Aktionen

Melde Dich bitte in unserer
Geschäftsstelle Telefon:
(03643) 20 26 45

Film & Gespräch – „Alltag in der DDR“

„Der 8. März – Wie die DDR ihre berufstätigen Frauen ehrt“, HR 1981 Ein Film von Luc Jochimsen und Lucas Maria Böhmer

Der Film „Der 8. März – Wie die DDR Ihre berufstätigen Frauen ehrt“ wurde 1981 in der ARD zur besten Sendezeit ausgestrahlt. Darin geht es um die Situation berufstätiger Frauen in der damaligen DDR-Bezirksstadt Erfurt. Eine verheiratete Arbeiterin, eine geschiedene Frau, ein Arztehepaar aus Buttstedt und eine LPG-Bäuerin gaben Einblick in ihr Leben – und sagen auch noch Jahre später, dass sie damals nichts beschönigt haben. Doch fast dreißig Jahre später bekommt es Luc Jochimsen wegen dieses Films mit scharfen Angriffen zu tun.

DR. LUKREZIA JOCHIMSEN, Soziologin, Fernsehjournalistin, Autorin, linke Politikerin – 1961 Promotion in Münster, 1975 bis 1986 Redakteurin beim ARD-Magazin „Panorama“, 1986 bis 1988 ARD-Korrespondentin in London, 1988 bis 1991 Leiterin des ARD-Fernsehstudios in London, 1994 bis 2001 Chefredakteurin Fernsehen des Hessischen Rundfunks, Bundestagsabgeordnete von 2006 bis 2013 (DIE LINKE), Kandidatin als Bundespräsidentin, seit 2001 freie Publizistin.

LUCAS MARIA BÖHMER, Journalist, Regisseur, Kameramann, Produzent – lebt mit seiner Ehefrau Luc (Lukrezia Jochimsen) in Hamburg und im italienischen Veneto. Böhmer wurde unter anderem durch seinen Dokumentarfilm über Marianne Bachmeier bekannt. Diese hatte Anfang der 80er Jahre den Mörder ihrer kleinen Tochter im Lübecker Landgericht erschossen und war

zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden. Lucas Maria Böhmer hatte sie in den letzten Monaten ihres Lebens mit der Kamera begleitet, bevor sie mit 46 Jahren an Krebs starb.

Unsere Gäste zum Gespräch:

Die Filmemacher Luc Jochimsen und Lucas Maria Böhmer
Die Zeitzeugen Petra und Peter Kielmann, Gudrun und Norbert Grahl

Montag, 04. März, 19.00 Uhr, Schloßkapelle Kromsdorf

(Platz der Demokratie, 99441 Kromsdorf)**Veranstalter:** Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen

Kooperation: Maria Pawlowna Gesellschaft e.V., Gemeinde Kromsdorf, Frauen – und Gleichstellungsbeauftragte Weimarer Land

Unkostenbeitrag: 5,00 €

„An Russland kann man nichts als glauben“ *Lesung und Gespräch mit Petra Welitschkin*

Mittwoch, den 20. März 2019, 18 Uhr im WKB Martina Renner (MdB) Warschauer Straße, 26a

Die Autorin Petra Welitschkin ist Geburtsjahrgang 1964 und stammt aus Heilbad Heiligenstadt im Eichsfeld. Nach einem Studium der Geschichte an der Staatlichen Universität Woronesh (Russische Föderation) von 1982 bis 1989 und einem zweijährigen Aufenthalt in Saporoshje (Ukraine) von 1989

bis 1991 lebt sie mit ihrer Familie wieder im Eichsfeld.

Während 1989 Tausende DDR-Bürger ihr Land in Richtung Westen verließen, zog die Autorin zur ständigen Wohnsitznahme in den europäischen Osten. Damit „verpasste“ sie die „Wende“ in der DDR, erlebte aber dafür hautnah die gesellschaftlichen Umbrüche in der Sowjetunion bis hin zu deren Auflösung.

Für sie ist der Rückblick in ihre Vergangenheit Anlass, das Geschichtsstudium,

aber auch das damalige Alltagsleben in allen seinen Facetten aus heutiger Sicht zu reflektieren. Darin finden sich sowohl prägende positive als auch negative Erinnerungen, Nachdenklichkeit, Wehmut, Dankbarkeit, aber auch Kritik und Selbstkritik.

Eines lässt die Autorin außer Zweifel: Ihr wohlwollendes Verhältnis zu den einfachen russischen Menschen, denen sie von Herzen mehr Courage in eigener Sache und eine bessere Zukunft wünscht.

„Wir sind viele. Wir sind vielfältig. Unsere Wut wächst!“

Die Sammlungsbewegung „Aufstehen“ hat zur bundesweiten Aktion „Bunte Westen“ aufgerufen. Mit einer violetten Weste nahm auch ich am 16. Februar auf dem Anger in Erfurt mit zirka 100 Menschen aus Thüringen teil.

„Aufstehen“ ist keine Partei, sondern eine Sammlungsbewegung, welche gegen die Politikverdrossenheit kämpft. Viele Bürger*innen sind von der Politik enttäuscht. Trotz allen Sonntagsreden und moralischer Appelle, die meinen, dass wir das beste politische System „die Demokratie“ und das beste wirtschaftliche System „die soziale Marktwirtschaft“ haben, geht die Schere zwischen Arm und Reich von Jahr zu Jahr immer weiter auseinander. Der Lebensstandard bei vielen Bürger*innen sinkt ständig und seit 1972 sterben mehr Menschen als Kinder geboren wurden, denn Kinder sind ein Armutsrisiko. Vizekanzler und Finanzminister

Scholz (SPD) sagte: „Die fetten Jahre in Deutschland sind vorbei“. Fragt sich nur für wen? 1991 erreichten wir ein Bruttosozialprodukt, das sind alle Dienstleistungen und produzierten Güter, von 1.580 Milliarden Euro, 2017 erreichten wir eine Verdoppelung, nur was ist bei den Geringverdienern angekommen?

Die Redner auf dem Erfurter Anger riefen den Bürgern*innen zu: „Unsere Wut wächst! Wir müssen alle aufstehen gegen solche Missstände in Deutsch-

land.“ Aber das ist leichter gesagt als getan. Nur 17 Prozent der Beschäftigten sind in einer Gewerkschaft organisiert. Wenn man fragt, warum bist du nicht in der Gewerkschaft? Da kommen solche Ausflüchte, wie: „Ich bekomme Ärger, wenn ich mich engagiere.“ Aber die Gewerkschaft und ihre Funktionär*innen können nicht helfen, wenn die Beschäftigten nicht bereit sind, selbst für ihre Rechte zu kämpfen. Einfacher ist es nach unten zu treten! Dazu ein Erlebnis: Am Rande der Veranstaltung kam ich ins Gespräch mit ei-



nem älteren Ehepaar. Ihre Meinung ist sehr verbreitet: „Die Harzer liegen nur faul auf der Couch und kassieren dafür noch Geld. Die Flüchtlinge sind zu uns gekommen und ohne etwas zu tun, leben sie bei uns in Saus und Braus.“ Ich fragte nach, ob sie sich einmal mit Betroffenen unterhalten haben, um selbst festzustellen, was stimmt und was nicht? Die Antwort: „Warum sollen wir das tun? Wir mussten früher hart arbeiten und uns hat niemand etwas umsonst gegeben.“

Darauf passt ein treffendes Zitat von Aristoteles, ein altgriechischer Philosoph: „Jeder kann wütend werden, das ist einfach. Aber wütend auf den Richtigen zu sein, im richtigen Maß, zur richtigen Zeit, zum richtigen Zweck und auf die richtige Art, das ist schwer“. Deshalb dürfen die Akteure*innen von „Aufstehen“ nicht nachlassen, denn steter Tropfen höhlt den Stein. Und gebetsmühlenartig müssen wir immer wiederholen: Die soziale Lage von Vielen wird nicht besser, wenn ihr nicht zur Wahl geht. Mit Wahlverweigerung

werden die bürgerlichen Parteien gestärkt. Auch die AfD als Protest zu wählen, hilft Euch nicht weiter. Denn die AfD hetzt gegen Migrant*innen oder Hartzler*innen und will das heutige politische System erhalten, wo die Gewinne die Reichen bekommen und die Verluste die Steuerzahler*innen mit der Senkung ihres Lebensstandards bezahlen.

Deshalb müssen die Bürger*innen aufstehen, ihr Schicksal selbst in die Hand nehmen und wir müssen mehr werden, um spürbaren Druck auf die Politik ausüben zu können. Denn es geht auch anderes, wie die Bewegungen um Bernie Sanders (USA), Jeremy Corbyn (Großbritannien) oder die „Gelbe Westen“ in Frankreich zeigen.

Stanislav Sedlacik, Foto aus UNZ

IMPRESSUM // Herausgeber: Kreisverband Apolda-Weimar DIE LINKE., Marktstraße 17(M17), 99423 Weimar // Erscheinungsweise: „Das rote Ginkgoblatt“ erscheint monatlich // Auflage: 875 // Redaktion: Steffen Vogel (V. i. S. d. P.), Stefanie Kosmalski, Hans-Peter Schmidt // Vertrieb: Hans-Jürgen Fuchs // Namentlich gekennzeichnete Artikel und Leserbriefe stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der Redaktion überein. Allein die AutorInnen tragen für ihre jeweiligen Beiträge die Verantwortung // Gestaltung: Thomas Schneider // KONTAKT: Kreisverband Apolda-Weimar DIE LINKE., Marktstraße 17, 99423 Weimar, Telefon: (0 36 43) 20 26 45, Fax: (0 36 43) 20 26 13, E-Mail: die-linke-apoldaweimar@t-online.de, Internet: www.die-linke-apolda-weimar.de // Geschäftsstelle Weimar: Montag–Donnerstag 10–16 Uhr, Freitag 10–13 Uhr und Samstag 10–13.00 Uhr // Sprechstunde Vorsitzender/StellvertreterIN: Montag 18.00 –19.00 Uhr LinXX.Treff Am Markt 4, 99438 Bad Berka // Di/Mi, 10 – 12 Uhr in der M17 // Schatzmeister: Di, 16 – 18 Uhr, Kasse (Monika Fuchs): Do, 10 – 13 Uhr, M17 // weitere Bürozeiten in der M17: Mo 10–13 Uhr (Heidrun), Mi 12–15 Uhr (Gaby) // Fraktion im Stadtrat Weimar: Goetheplatz 9 b, Weimar, Telefon: (0 36 43) 20 26 46 // Europabüro Gabi Zimmer, Geleitstr. 8, 99423 Weimar, Di 10:00 – 18:00 Uhr, Do 13:00 – 17:00 Uhr, Fr 9:00 – 13:00 Uhr, Tel.: 03643/805155, europabuero.gabizimmer@t-online.de // Wahlkreisbüro Steffen Dittes, MdL, Marktstr. 17, 99423 Weimar, Tel. 03643/9000611, wahlkreis@steffen-dittes.de // Wahlkreisbüro MdL Sabine Berninger, Am Markt 4, 99438 Bad Berka; Mo, Di, Fr. 10– 16 Uhr ; Telefon 036458 493220; wkb-berninger@t-online.de //

Beiträge und Spenden: Konto: IBAN: DE34 8205 1000 0301 0136 08, BIC: HELADEF1WEM Sparkasse Mittelthüringen (bitte Zahlungsgrund angeben!)//

Massive Verstöße bei gewerbsmäßigen Kutschfahrten in Weimar

In der Stadtratssitzung am 30. Januar hinterfragten wir die Bedingungen für gewerbsmäßige Kutschfahrten. Hintergrund dieser Anfrage ist ein neuer Kutschenerlass des Landes Niedersachsen. Da im Stadtgebiet Weimar ebenfalls viele Fahrbetriebe mit Zugtieren ihre Angebote unterbreiten, wollten wir vom Oberbürgermeister wissen, welchen Vorschriften bzw. Bestimmungen in Weimar gelten.

Die Verwaltung bestätigte uns, dass für das Betreiben eines solchen Betriebes die unterschiedlichsten Genehmigungen erteilt werden müssen. Dazu gehören z.B. Genehmigungen nach §11 des Tierschutzgesetzes. Die Erlaubnis ist mit Auflagen verbunden, welche sich auf den Thüringer Erlass „Anforderungen Pferdefuhrwerksbetriebe“ aus dem Jahr 2010 sowie den Berliner Leitlinien aus dem Jahr 2009 stützen. Sie liegen weit unter den Anforderungen in Niedersachsen. Die Stadt Weimar fordert z.B. keinen Beifahrer, es gibt keine spezielle Regelung für den Hufbeschlag und auch die Pausengestaltung ist nicht detailliert geklärt.

Es bedarf weiterhin Ausnahmegenehmigungen nach §46 Straßenverkehrsordnung, sowie einer Sondernutzungserlaubnis zum Abstellen von Fuhrwer-

ken. Die jeweilige Sondernutzungsgenehmigung wiederum wird nur dann erteilt, wenn bestimmte Bedingungen vorliegen. Dazu gehören eine gültige Erlaubnis nach dem Tierschutzgesetz, eine Genehmigung der zuständigen Gewerbebehörde, entsprechende Versicherungen für Kutschfahrten, ein Führungszeugnis des Kutschfahrtunternehmens. In diesem Zusammenhang wurde mitgeteilt, dass im Stadtgebiet von Weimar insgesamt 8 Fuhrunternehmen existieren. Allerdings kann die Verwaltung keine Auskunft darüber geben, über wie viele Kutschen die einzelnen Betriebe verfügen, da die Kutschunternehmen unzulässigerweise die Gespannfuhrwerksnummern untereinander tauschen.

Wirklich erschrocken waren dann jedoch viele Stadträte als sie die Antwort der Verwaltung auf die Frage nach Verstößen gegen geltendes Recht hörten. Nicht nur das einige Kutscher die grundsätzliche Mitwirkungspflicht verweigerten, Pausenzeiten nicht einhielten und keine Fahrtbücher führten - auch das Tier-Wohl wurde massiv gefährdet. Es konnte festgestellt werden das z.B. zu junge

Pferde eingesetzt wurden, manche Tiere waren tierschutzwidrig gezäumt, zusätzliche Pausenzeiten bei Temperaturen über 30 Grad wurden nicht eingehalten. Die Stadtverwaltung hat ob dieser desolaten Zustände nun eigens eine Arbeitsgruppe gegründet, die nun dafür sorgen soll, dass die Kutschunternehmen engmaschiger kontrolliert werden. Verstöße sollen damit in Zukunft im Keim erstickt werden.

Weiterhin wurden in der Stadtratssitzung folgende Anträge in die speziellen Ausschüsse verwiesen: „Keine Werbung für militärische Zwecke“ und „Keine Werbung für legale Betäubungsmittel“. Unsere Anfrage zur „Einführung und Umsetzung der Katzenschutzverordnung“ wurde mit dem Hinweis des Rechtsamtes versehen, dass es sich hierbei um den sogenannten übertragenen Wirkungskreis handelt. Das bedeutet, dass der Stadtrat hier kein Befassungsrecht hat.

Bei Nachfragen zu den von uns hier angesprochen Themen könnt Ihr euch vertrauensvoll an unser Fraktionsbüro wenden.

Jana Körber

Ein literarisch-musikalischer Nachmittag

Ich hatte schon davon gehört und auch gelesen. Nun war ich selbst dabei - bei der Zusammenkunft, die unser Kreisvorstand für die „runden“ Geburtstage und Partiejubiläen des zurückliegenden Quartals durchführt. Natürlich gab es - wie bei Geburtstagen üblich - eine liebevoll gedeckte Kaffeetafel und interessante Gespräche.

Gudrun Wolfram hatte sich die Mühe gemacht und bekannte Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Kunst, die im vergangenen Quartal einen „Jubiläumsgeburtstag“ gehabt hatten, herausgesucht. Zwei russische Schriftsteller stellte sie besonders in den Mittelpunkt: Iwan Sergejewitsch Turgenew, geb. 1818, und Alexander Issajewitsch Solchenizyn, geb. 1918.

Dass Turgenew als einer der Ersten in der russischen Literatur die alltäglichen Nöte und Ängste der russischen Gesellschaft aufgriff und sie thematisierte, war dem einen oder anderen wieder

eingefallen. Dass er aber in frühen Jahren vor allem die Lyrik pflegte, war für die meisten Anwesenden neu. Constanze Kubitz trug als Beispiel seines Wirkens in dieser Schaffensperiode gekonnt einige Verse vor.

Die Erinnerungen an den Literatur-Nobelpreisträger Solchenizyn waren in der Gesprächsrunde noch frischer. Viele Jahre schrieb er im Geheimen am „Archipel Gulag“, in dem er das stalinistische System bei der Verbannung, die er selbst erlebt hat, anprangert. Als dieses Werk in westeuropäischen Ländern erschien, wurde er aus der Sowjetunion ausgewiesen. 1990 wurde er rehabilitiert und bekam die sowjetische Staatsbürgerschaft zurück. Eine Schlussfolgerung einiger Teilnehmer war, das Erstlingswerk Solchenizyns „Ein Tag im Leben des Iwan Denissovitsch“ zu lesen.

Michel Triemer, der schon beim Neujahrsempfang in der Schützengasse mit

seinem musikalischen Talent überraschte, umrahmte den Nachmittag mit internationalen Songs - von Gruppen aus Skandinavien bis hin zu Amy Whinehouse. Und wenn man die Texte übersetzt bekommt, fanden selbst „ältere Semester“ Interesse am vorgetragenen Lied der kanadischen Rockband „Crash Test Dummies“.

Allen Mitwirkenden dieses gelungenen „literarisch-musikalischen Nachmittags“ gilt der Dank, besonders aber Gudrun Wolfram und Hans-Jürgen Fuchs für ihre Ideen und engagierten Vorbereitungen.

R. Dittes

Unverantwortliche Politik von CDU und Freien Wählern im Apoldaer Stadtrat

Der Kreisvorstand der Partei DIE LINKE Apolda/ Weimar kritisiert die Haltung der sogenannten Koalition für Apolda aus CDU und Freien Wählern bezüglich ihrer Haltung zum Gemeindeneugliederungsgesetz scharf.

Es kann nicht sein, so der Kreisvorsitzende, Kevin Reichenbach, dass man mit der „Parole: Wir brauchen niemanden und wir tun im Rahmen der Gemeindeneugliederung nichts“ wirbt und sich nun aufregt, wenn andere, so die Saaleplatte und Bad Sulza, für sich Handlungsbedarf sehen, um die eigene Gemeinde zu stärken. Die Landesregierung soll nun der Vollstrecker des

Apoldaer Nichtstuns sein und Zwangseingemeindungen von der Saaleplatte nach Apolda vornehmen. Die Strategie des Nichtstuns der Koalition für Apolda ist grandios gescheitert. Nun weint man Krokodilstränen, weil man vor einem politischen Scherbenhaufen stehe.

So wird die Kreisstadt nicht gestärkt, sondern mittel- und langfristig in ihrer strukturellen Entwicklung geschwächt, so Kevin Reichenbach. Außerdem muss man sich fragen wo denn die Politik für den ländlichen Raum sei, wenn man sich für diesen nicht interessiere. Im Moment habe man den Eindruck, dass man sich in der Stadtverwaltung

Apolda mehr bei Telefonumfragen und Promi-Events aufhalte.

Völlig skurril wird es, wenn man aus ideologischen Gründen auf eine Fusionsprämie in Höhe von 2 Mio. € verzichtet. Dieses Geld könnte man, verbunden mit Fördermitteln, vervielfachen und so einige wichtige Investitionen in der Kreisstadt tätigen.

Die LINKE wird in den kommenden Wochen der Koalition für Apolda den Spiegel vorhalten und sie nicht aus der Verantwortung lassen, so Reichenbach abschließend.

Michael Schade

Linksfraktion kritisiert „Unterstützung im Unrecht“ für den Kreis- tagsvorsitzenden Fred Menge als Ablenkungsmanöver

Ein „klassisches Ablenkungsmanöver“ sieht die Fraktion DIE LINKE im Kreistag Weimarer Land in der Wortmeldung von Axel Schneider in der Causa Fred Menge (beide CDU) bezüglich des Antrags auf Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs für den Ortsteil Stedten der Stadt Kranichfeld. Schneider habe mit seiner Einlassung das Thema verfehlt. Zudem stelle er die Aufgaben und das Tätigwerden der Kommunalaufsicht im Landratsamt Weimarer Land verzerrt dar.

Fakt ist und bleibt, dass der Antrag der Verwaltungsgemeinschaft (VG) Kranichfeld beim Landratsamt Weimarer Land auf Ersatzbeschaffung eines Feuerwehrfahrzeugs nicht abgelehnt, sondern vom VG-Vorsitzenden Fred Menge zurückgezogen wurde, da die notwendigen und gesetzlich vorgeschriebenen Eigenmittel schlicht fehlten. Das Thüringer Ministeriums für Inneres und Kommunales habe gegenüber dem Thüringer

Landtag hierzu in aller Klarheit mitgeteilt: Der „Antrag wurde mit Schreiben vom 12. September 2018 durch den Verwaltungsgemeinschaftsvorsitzenden zurückgezogen“ (Thüringer Landtag, Drucksache 6/6601). Wie Schneider darauf komme, dass der Antrag vom Land Thüringen abgelehnt worden sei, bleibe dessen Geheimnis. Wenn Herr Schneider eventuell meint, das Innenministerium habe hier gegenüber dem Landtag etwas falsch dargestellt, dann muss er das auch sagen. Die Feuerwehr sei eine Pflichtaufgabe der Kommune im sogenannten eigenen Wirkungskreis. Dass die Eigenmittel nicht im Haushalt von Kranichfeld eingestellt waren, ist angesichts der Rechtslage ein weiterer Skandal in dieser Angelegenheit, zumal Herr Menge gegenüber der Thüringer Allgemeinen behauptet, er habe schon im Frühjahr 2018 vorgehabt, eine Förderung für Steddens Feuerwehrfahrzeug zu beantragen und er

dem Sender SAT 1 sogar die Fehlinformation mitgeteilt hat, seit 2017 Förderanträge für das Fahrzeug gestellt zu haben, die vom Land abgelehnt worden seien“, so Wogawa weiter. „Herr Menge hätte angesichts der fehlenden Eigenmittel übrigens einfach beim Land eine Bedarfszuweisung beantragen können. Das weiß er wahrscheinlich, ebenso sollte das Herr Schneider wissen. Stattdessen hat Herr Menge den Antrag zurückgezogen und wahrheitswidrig das Land dafür verantwortlich gemacht.

Es sei deshalb äußerst befremdend, dass Schneider als vermeintlicher Kommunalexperte hier eine Art „Unterstützung im Unrecht“ leiste. Schneiders Wortmeldung sei als nicht viel mehr als eine parteipolitisch motivierte Nebelkerze aus einem CDU-Unterstützerkartell zu bewerten.

Dr. Stefan Wogawa

„Allein kann der Mensch nicht wohl bestehen,
daher schlägt er sich gern zu einer Partei, weil er da, wenn auch
nicht Ruhe, doch Beruhigung und Sicherheit findet.“

J. W. Goethe.

Anhörung bestätigt Zweifel an Rechtskonformität der weiteren Beschleunigung beim Netzausbau

Der Wirtschaftsausschuss im Bundestag hat am 20. Februar eine öffentliche Anhörung zum Gesetzesentwurf der Bundesregierung zur Beschleunigung des Energieleitungsbaus durchgeführt. Der Gesetzesentwurf enthält insgesamt 20 Gesetzes- bzw. Verordnungs-Änderungen im Energiebereich, mit dem der Ausbau der Übertragungsnetze weiter beschleunigt werden soll. Dazu sollen mehrere Vereinfachungen und Abkürzungen bei Planfeststellungsverfahren, bei Umweltverträglichkeitsprüfungen und bei strategischen Umweltprüfungen festgelegt werden. Diese betreffen unter anderem auch die Planungshoheit von Ländern und Kommunen.

Hierzu erklärt Ralph Lenkert, Umweltpolitischer Sprecher der Linksfraktion im Bundestag und Mitglied im Beirat der Bundesnetzagentur:

„Die Anhörung hat bestätigt, dass dieses Gesetz verfassungsrechtliche Bedenken aufwirft. Der Bund will ultimativ in die Hoheit der Raumordnungsplanung der Länder und die kommunale Bauleitplanung eingreifen. Diese können für anstehende Trassenplanungen von der Bundesnetzagentur aufgehoben werden. Eine verbindliche Vereinbarkeit von Bundesplanung und Raumordnungsplanung der Länder besteht dann nicht mehr. Das heißt, dass Länder und Kommunen die Eingriffe des Bundes zukünftig zu dulden haben und sich dagegen nicht mehr zur Wehr setzen können.“

Weiterhin bestehen europarechtliche Bedenken wegen der Aushebelung des Naturschutzes und der Schwächung der Umweltverträglichkeitsprüfung. Der Bund will beim Umbau und bei der Verlängerung bestehender Leitungen zukünftig auf die Bundesfachplanung verzichten. Damit wird die strategische Umweltprüfung solcher Projekte erheblich eingeschränkt. Da diese Leitungen aber zum großen Teil bereits seit Jahrzehnten bestehen, sind sie heute teilweise nicht mehr mit umliegenden Schutzgütern wie Siedlungen oder Vogelschutzgebieten vereinbar. Nach dem Gesetzesentwurf sollen die Leitungen zukünftig ohne weitere Prüfung einfach umgebaut, verstärkt oder verlängert werden können. Das wirkt sich insbesondere auch auf den Gesundheitsschutz der Bevölkerung aus: teilweise verlaufen ältere Übertragungsleitungen in unmittelbarer Siedlungsnähe oder sogar über Wohnbebauung hinweg. Wenn das zuständige Landesamt hier nicht ganz genau die emissionsrechtlichen Belange prüft

und Einspruch erhebt, werden Menschen und Schutzgebiete auf Jahrzehnte mit den Auswirkungen dieses Umbaus konfrontiert sein.

DIE LINKE hat erhebliche Zweifel, dass dieser Gesetzesentwurf rechtskonform ist. Er macht Abstriche bei der öffentlichen Mitbestimmung, bei der Transparenz und beim Umweltschutz. Die Bundesregierung zeigt damit, dass es ihr nicht um die Interessen der Menschen, sondern um die Profite der Übertragungsnetzbetreiber geht. Mit Energiewende hat das nichts zu tun. Im Gegenteil: so wird weiter Akzeptanz für den dringenden ökologischen Umbau verspielt.“



Stadtratsfraktion Weimar Sprechstunden der Abgeordneten

Sprechstunden der Abgeordneten

4.3., 18:30 – 19:30, Jana Körber, Jugendhilfeausschuss, Goetheplatz 9b

7.3., 17:00 – 18:00, Marco Modrow, Familien- und Sozialausschuss, Finanzausschuss, Marktstr. 17

12.3., 17:00 – 18:00, Dirk Möller, Fraktionsvorsitzender, Vorsitzender Kulturausschuss, Goetheplatz 9b

13.3., 17:00 – 18:00, Katja Seiler, Familien- und Sozialausschuss, Marktstr. 17

18.3., 18:30 – 19:30, Harald Freudenberg, Bau- und Umweltausschuss, Wirtschafts- und Tourismusausschuss, Goetheplatz 9b

26.3., 15:00 – 16:00, Elke Heisler, Seniorenbeirat, Goetheplatz 9b

Öffnungszeiten des Fraktionsbüros Goetheplatz 9b:

Montag: 16:00-18:00

Dienstag: 15:00-18:00

Fraktionssitzung

Montag 4.3., 25.3., 1.4., 8.4. 19:30, Goetheplatz 9b

Tötet nicht den Boten!

Spielverderber

Wer dieser Tage die rigorose Umsetzung bestehender Gesetze einfordert, gilt als Spielverderber. Immer mehr Menschen scheinen nämlich das Recht auf persönliche Freiheit mit einem Recht auf ungezügeln Lebenswandel zu verwechseln. Das zeigt sich zunehmend im Straßenverkehr. Obwohl die Zahl der Toten und Verletzten im Straßenverkehr rückläufig ist, stieg die Anzahl der Unfälle in Deutschland im Zeitraum 2014 bis 2017 um rund 10 Prozent auf zuletzt 2,6 Mio. Unfälle pro Jahr. Die Verkehrsüberwachung krankt an jahrelangen Sparmaßnahmen. Wo Gesetze nicht mehr richtig vollzogen werden und Strafen zu mild sind, breitet sich rechtsfreier Raum aus, der von einigen zuerst als Freiheit und irgendwann als zustehendes Recht interpretiert wird.

Sehr deutlich wird das am Betrugsskandal durch Autokonzerne. Hier wurde über Jahre Software manipuliert und damit Millionen Dieselfahrer*innen betrogen. Die Folge war unvermeidlich: in immer mehr Städten wurden die Stickoxidgrenzwerte überschritten. Ein deutscher Umweltverband machte auf die Missstände aufmerksam und klagte für die Sauberhaltung der Luft. Da Bund und Länder mit den betrügerischen Machenschaften der Automobilkonzerne bis heute offensichtlich überfordert sind, war die Deutsche Umwelthilfe die einzige Organisation, die vehement gegen die Schäden an Umwelt und Mensch vorgegangen ist.

Politik ist schuld

Die Bundesregierung hätte die Dieselfahrverbote verhindern können und müssen. Seit September 2015 ist bekannt, dass große Autokonzerne, allen voran VW, systematisch nicht nur in den USA, sondern auch in der EU bei Abgaswerten betrügen. Wenn man die Eierei der Bundesregierung um die Konsequenzen für die deutschen Autohersteller danach verfolgt hat, sollte man die Schuld vielleicht eher dort suchen. Daimler, BMW und VW haben von 2014 bis 2017 rund 117 Milliarden Euro Gewinn ausgewiesen, davon trotz Abgasskandals 55 Milliarden Euro allein in den letzten zwei Jahren. Und selbst heute, da die Diesel-Nutzer in einigen

Städten die Konsequenzen dieses Nichtstuns bei gleichzeitiger Gewinnoptimierung ausbaden müssen, kann sich die Bundesregierung zurücklehnen, denn ihr gilt der öffentliche Zorn diesmal nicht. Schuldig sind in der öffentlichen Debatte diejenigen, die sich für die Einhaltung der Grenzwerte stark gemacht haben: die DUH. Inzwischen ist es schon ganz so, als hätte die DUH die Verbote selbst ausgesprochen und nicht etwa Gerichte. Es ist unerträglich, wenn Nicht-Regierungsorganisationen für die Verfehlungen von Regierungen verantwortlich gemacht werden.

„Ihr seid so ein mieser Scheißverein!“

Seitdem die DUH erfolgreich gegen zu hohe Stickoxidbelastungen in Innen-

„Mittelstand auflösen“ und vieles weitere, was hunderte Kommentatoren in den Kommentarspalten der „sozialen“ Medien dem gemeinnützigen Verein sonst noch zutrauen. Wie der Straßenverkehr werden die Kommentarspalten dabei mehr und mehr zum rechtsfreien Raum, denn auch Todeswünsche für die Mitarbeiter der DUH waren und sind dort noch teilweise zu lesen. Dass die DUH „ein Scheißverein“ sei, wie es Jens P. öffentlich unter die frohen Weihnachtswünsche der Umwelthilfe postete, macht die Verbrecher zu Opfern und Gesetzestreue zu einem Verbrechen. Bei einem Einbruch würde man nach dieser Logik nicht den gefassten Täter verurteilen, sondern den Polizisten, der den Einbrecher überführte. Im Mittelalter und bei Barbaren war es üblich, den Überbringer schlechter Botschaften zu



städten geklagt hat, ist in der öffentlichen Wahrnehmung nicht mehr der manipulierende Autokonzern schuldig oder die Bundesregierung, die es versäumt, die Autoindustrie an die kurze Leine zu nehmen und zu sanktionieren. Nein, stattdessen bereitet die DUH nun „die Deindustrialisierung“ vor, „will zig tausende Arbeitsplätze vernichten“, den

köpfen - ist unsere Gesellschaft, sind wir wirklich nicht weiter?

Seit ihrem Engagement für die Reinhaltung der Luft in Innenstädten kann die Umweltorganisation aussprechen was sie will: dass die Robben nach Deutschland zurückkehren, dass Mehrweg-

pfandflaschen 450 mal ökologischer sind als PET-Flaschen, dass Kaffee-Kapseln ein ressourcenfressendes Abenteuer sind, dass Silvesterfeuerwerk Feinstaub erzeugt: die Reaktionen sind Häme, Hass und der Vorwurf der Gängelei.

Grenzwerte sind Kompromisse

Grenzwerte sind ein Kompromiss zwischen Wirtschaftsinteressen, Bequemlichkeit und der Inkaufnahme von Toten. Das gilt für Geschwindigkeiten von Fahrzeugen, Schwermetalle im Essen und radioaktive Strahlung in der Luft genauso wie für Feinstaub und Stickoxide. All diese Dinge schädigen Menschen mit einem bestimmten Risikofaktor. All diese Dinge sind aber auch unvermeidbar. Wenn Behörden oder Umweltorganisationen auf die Belastung durch Feinstaub, die von einem Adventsgesteck ausgeht, aufmerksam machen, folgert daraus nicht, dass wir alle Adventsgestecke verbieten sollten. Wenn darauf aufmerksam gemacht wird, dass durch Feuerwerk erhebliche Mengen Feinstaub in der Luft landen, heißt das ebenso wenig, dass Feuerwerk generell verboten werden muss. Aber es gibt uns - und gerade den Asthmatikern und anderen empfindlichen Menschen - Hinweise, wie wir den Kompromiss zu Gunsten der Ge-

sundheit stärken können. Die gesetzlichen Vorgaben sollten da das Mindestmaß sein, und wenn in der Silvesternacht und bei bestimmten Wetterlagen die Feinstaubbelastung über Tage komplett aus dem Ruder läuft, ist es nicht nur legitim, über Einschränkungen laut nachzudenken, sondern sogar verpflichtend. Es gibt schlecht durchlüftete Innenstadtlagen, Ortschaften in Tallagen, Kliniken, Altenheime, Kurzentren und ähnliches, wo Feuerwerk eingeschränkt werden kann und sollte. Solche Debatten können beim gegenwärtigen politischen Klima aber leider kaum noch vernünftig geführt werden. Fast jeglicher Kommentar im Bereich Umweltpolitik endet inzwischen im Vorwurf der Gängelei.

Veränderungen sind schwierig

Dass China pro Jahr viel mehr Feinstaub produziert als die Deutschen in einer Silvesternacht, ist offenkundig richtig. Vergessen wird, dass es 18x so viele Chinesen wie Deutsche gibt. Genauso offenkundig ist aber auch, dass dieses Argument überhaupt nichts über die Verantwortung aussagt, die jeder und jede einzelne hierzulande für den Schutz der Umwelt hat. Dieses Argument ist aber beispielhaft für den Umgang, mit dem vermehrt die Verantwortung auf andere geschoben wird.

„Solange andere mehr Dreck machen als ich, muss ich nicht weniger Dreck machen.“ Veränderungen, auch in der eigenen Lebensweise, sind oft schwierig und nicht immer per Gesetz zu beschließen. Wir stehen in Deutschland aber immer noch am Beginn eines umfassenden Strukturwandels. Wir müssen den Planeten retten, auch von Deutschland aus. Das bedeutet, Wirtschaft und Industrie in kurzer Zeit nahezu frei von fossilen Brennstoffen zu bekommen. Das bedeutet auch, den Verkehr völlig neu zu organisieren und geschlossene Ressourcenkreisläufe zu etablieren. Alles, was wir aus der Erde holen, muss mehrfach und dauerhaft verwendbar sein. Wenn der soziale Frieden sich heute bereits an der Frage entzündet, ob man in einigen Kommunen Silvesterfeuerwerk einschränken kann und sollte, wird es für unsere Kinder und Enkel schwer. Wenn die Bundesregierung statt Betrüger zu bestrafen, weiter zulässt, dass öffentlicher Hass auf Umweltverbände gelenkt wird, werden sich noch weniger Menschen für Umwelt- und Klimaschutz engagieren. Steuern wir als Gesellschaft nicht um, werden uns unsere Enkel verfluchen. Wir haben die Erde nicht von unseren Eltern geerbt, wir haben sie von unseren Kindern geliehen.

Ralph Lenkert

LINKE Weimar bereitet Stadtratswahlen vor

DIE LINKE. Weimar diskutierte auf ihrer Mitgliederversammlung am 23. Februar den Entwurf für die Kommunalpolitischen Grundsätze zur Kommunalwahl 2019 in Weimar und seinen Ortsteilen. Das umfangreiche Papier soll die Grundlage für die politische Auseinandersetzung im Wahlkampf als auch der inhaltliche Rahmen für die Arbeit der am 26. Mai 2019 neugewählten DIE LINKE. Fraktion im Weimarer Stadtrat sein.

In einer intensiven Diskussion wurden Positionen erarbeitet und konkretisiert. Schwerpunkte der Debatte waren insbesondere die Positionen für eine soziale Wohnungspolitik in der Stadt. So sprachen sich die Mitglieder dafür aus, das sogenannte Wiener Modell zu etablieren, nachdem der Mietpreis bei zwei Drittel des neugebauten Wohnraums auf ein sozial verträgliches Maß von

fünf Euro je Quadratmeter begrenzt wird. Auch soll eine weitergehende Privatisierung des kommunalen Wohnungsbestandes ausgeschlossen werden.

Weitere Schwerpunkte waren die Verbesserung der Verkehrssituation, die Stärkung ökologisch verantwortbarer Mobilität und die Stärkung eines kommunalen Angebotes für eine bedarfsgerechte Kinderbetreuung sowie der offenen Kinder und Jugendarbeit.

Intensiv diskutiert wurde die Rolle der Ortsteile. Einig waren sich die LINKEN, dass dort verstärkt selbst über die eigenen kulturellen, sportlichen und traditionellen Angelegenheiten entschieden werden muss und dafür auch die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen müssen. Für die bessere Einbeziehung der Einwohnerinnen bei Entscheidungen der Ortsteile und der Stadt sol-

len die Möglichkeiten für Einwohneranträge und Bürgerentscheide offensiv beworben werden und Anwendung finden.

Der Forderung, die fußläufige Verbindung des Ortsteils Weimar-Nord zur Innenstadt zu verbessern, wurde noch einmal Nachdruck verliehen.

Anhand der Ergebnisse der intensiven Debatte wird der Entwurf der kommunalpolitischen Grundsätze überarbeitet und gemeinsam mit einem kurzen und konkreten Wahlprogramm am 23. März beschlossen, wenn DIE LINKE ihre Kandidat_innen-Liste für die Stadtratswahl aufstellt.

Gemeinsam.

Die LINKE.Weimar verabschiedet kommunale Grundsätze

Weimar. Der Entwurf des Wahlprogramms der LINKEN zur Stadtratswahl sorgte am Samstag zur Mitgliederversammlung im Mehrgenerationenhaus des Stadtteils West für rege Debatten zu verschiedensten kommunalen Themen. Die Genossen entschieden mit großer Mehrheit, „kommunale Grundsätze“ statt einer Langversion des Programms zur bevorstehenden Wahl zu formulieren. Man bezwecke damit, die Zusammenhänge und Argumentationen hinter linker Kommunalpolitik politisch Interessierten besser zu vermitteln. Darüber hinaus müsse das Papier noch weiteren Anforderungen gerecht werden: Es solle Parteilos verbindliche Aussagen liefern, ob ihre persönlichen Ziele mit denen der Partei vereinbar sind. Andererseits solle den Mitgliedern einer künftigen Fraktion Gestaltungsfreiheit in der Umsetzung der Forderungen und Ziele, sowie Raum für neue Ideen zur Verfügung stehen.

Der Kreisvorstand verzichtete in der Einladung darauf, Fristen für Änderungsanträge festzusetzen. Ein solches Verfahren passe nicht zur kommunalen Ebene und man wolle Hemmschwellen



für gute Ideen abbauen - so die Begründung eines innerparteilichen Zusammenschlusses, der diese Besonderheit im Vorfeld angeregt hatte. Im Verlauf der Sitzung zeichnete daher sich ab, dass der Zeitplan aufgrund der hohen Anzahl an Anträgen nicht zu halten sein würde. Die Versammlung legte daraufhin fest, auf konkrete Formulie-

rungen zu verzichten und setzte eine sechsköpfige Redaktionskommission ein, die auf der Listenaufstellungsver-sammlung am 23. März einen bearbeiteten Antrag zur Abstimmung stellen wird. Steffen Dittes begründete den Vorschlag des Präsidiums damit, dass es im Vordergrund stünde, alle Standpunkte innerhalb der Mitgliederversammlung anzuhören.

Das Kreisvorstandsmitglied Michel Triemer teilte aus der Programmredaktion mit: „Die starken Reaktionen von der Basis und die durchaus ordentliche Beteiligung sprechen dafür, dass wir gute Chancen haben, dass unser Konzept aufgehen wird. Mehr hätten wir uns doch gar nicht erwarten können, als dass nachgedacht wird über die Zukunft unserer Stadt. Und das gerne auch in leidenschaftlichen Diskussionen.“

Michel

Wir sind eins - Für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit

Liebe Mitstreiter*innen, am Samstag den 23. März ab 13.30 Uhr rufen wir euch zum Protest gegen zwei rechte Kundgebung unter dem Motto, „Gegen die Islamisierung des Abendlandes“ der Patrioten für Deutschland, sowie gegen die Anmeldung: "Gegen eine verfehlte Asylpolitik und für eine sichere Heimat".

Dem wollen wir mit den Kundgebungen, Wir sind eins - Für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit (<https://www.facebook.com/events/1926541044139919/>) als auch der Demo gegen Uploadfilter / Artikel 13 organisiert durch den Maschinenraum (<https://www.facebook.com/events/331563190821047/>) etwas entgegensetzen. Wir bitten Euch zahlreich zu den Demos zu kommen, um jedmögliches Zeichen zu setzen, das die Nazis hier nicht erwünscht sind.

TERMIN \ \ Samstag, 23.03.2019, ab 13.30 Uhr

ORT \ \ Weimar, Schützengasse sowie Schillerstraße (erreichbar über Hummelstraße) mit Sicht auf Theaterplatz

Gern würden wir Euch über alles was an diesem Tag passiert informieren und laden Euch dazu zu einem Plenum ein.

Termin \ \ Mittwoch, 20.03.20019, 18.30 Uhr, Jugend- & Kulturzentrum Mon Ami, Goetheplatz, 99423 Weimar

Ausschlussklausel \ \ Entsprechend § 6 Absatz 1 Versammlungsgesetz sind Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, der rechtsextremen Szene zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, von den Veranstaltungen ausgeschlossen.

BgR Sprecherrat

Bürgerbündnis wählt neuen Sprecherrat und bildet Koordinierungskreis

Das Plenum, die Beteiligung aller interessierten Bürger*Innen am Wirken des Bürgerbündnisses, hat am 27. Februar mit großer Mehrheit einen neuen Sprecherrat gewählt. Der neue Sprecherrat setzt sich aus Harms Achtergarde, Felix Hoffmann, Torsten Zern und Thomas "Bob" Heine zusammen.

Nachdem Uwe Adler und Alfred Bax nach langjährigem ehrenamtlichem Engagement bereits ihren Rückzug aus dem Sprecherrat angekündigt hatten, wollen beide nun unterstützend am Leben des Bürgerbündnisses teilnehmen.

Die neuen Sprecher bedankten sich auf dem Plenum für das entgegengebrachte Vertrauen der Mitglieder. "Besonders danken wir den nicht mehr im Sprecherrat vertretenen und sind hocherfreut, dass beide noch aktiv teilnehmen und ihre Erfahrungen und Ideen einbringen werden. Gerade mit Uwe Adler, welcher seit bestehen des Bürgerbündnis gegen Rechtsextremismus Weimar immer ein streitbarer Zeitgenosse war und bereits im Jahr 2013 mit dem Thüringer Demokratiepreis ausgezeichnet wurde, geht eine Ära des Bürgerbündnisses zu Ende.

Gerade im Hinblick auf die anstehenden Wahlen und allen Herausforderungen, welche uns die politische Lage im Land aktuell vorgibt, wollen wir uns auch organisatorisch neu aufzustellen. Dabei wird der Sprecherrat von einem Koordinierungskreis aus weiteren Bürger*Innen des Bündnisses unterstützt.

Mit dieser dreigleisigen Arbeitsstruktur, bestehend aus Sprecherrat, Koordinierungskreis und Bürger*Innen, versuchen wir die anstehenden Herausforderungen im Bereich Demokratie, Toleranz und Weltoffenheit weiter erfolgreich umzusetzen. Gerade der Koordinierungskreis soll Bürger*Innen mit wenig Zeit aber hohem Engagement eine effektive Mitarbeit ermöglichen. Wir hoffen damit noch mehr Menschen für eine aktive Mitarbeit gewinnen zu können."

BgR



Weimarer für Menschenfreundlichkeit

DAS WEIMARER BÜRGERBÜNDNIS GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

"DIE LINKE. begeht Neujahrsempfang im Blankenhainer Schloss

Am Dienstagabend begrüßte der Kreisverband DIE LINKE Apolda-Weimar im frisch sanierten Saal des Blankenhainer Schlosses nicht nur Parteimitglieder, sondern auch Jens Kramer – Bürgermeister von Blankenhain und Bernd Unbescheid vom DGB Kreisverband.

Die inhaltlichen Schwerpunkte des Abends setzte zunächst der gewählte Spitzenkandidat für die Europawahl Martin Schirdewan, danach die Ministerin für Infrastruktur und Landwirtschaft Birgit Keller, nach der Ministerin die Landtagsabgeordnete Sabine Bernigner. Alle beschäftigen sich mit einer großen Bandbreite an politischen Themen, die aber stets das gute, gleichwertige Leben von Menschen in der Stadt und auf dem Land, in Thüringen, Deutschland und der EU im Blick hatten. Um der wachsenden sozialen Ungleichheit zu begegnen, benötige es laut Schirdewan einen grundlegenden Politikwechsel auf europäischer Ebene sowie eine solidarische politische Praxis, die auf unnötiges Sparen und Kürzen verzichtet. Gefordert wird eine europäische Investitionsoffensive in öffentliche Infrastruktur und Schulen.

Hier konnte die Ministerin Keller anschließen, die aus den verschiedenen Ressorts Fördermaßnahmen benannte, die dazu dienen gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum und in den Städten in Thüringen zu schaffen und erhalten. So erhält nicht nur das Blankenhainer Schloss eine EFRE- Förderung von 780.000 Euro. Über die Schulbauförderung des Ministeriums wird zum einen die Sanierung und ein Teilneubau der Regelschule in Pfiffelbach mit 2,53 Millionen Euro und zum anderen in Weimar mit 2,68 Millionen Euro Baumaßnahmen am Humboldt-Gymnasium gefördert." *Steffie*



Termine im März

7. Februar

17:00, AG Veranstaltungen, Europabüro, Geleitstr. 8, Weimar

1. März

17:00, Wahlprogrammaufstellung und Vorbereitung Aufstellungsversammlung für Bad Berka

4. März

16:00, Stadtverband Apolda Wahl der Liste zur Stadtratswahl

8. März

13:00 – 18:00, Infostand zum Frauenkampftag auf dem Goetheplatz/Geleitstraße

9. März

10:00 Wahl der Liste zur Kreistagswahl, Apolda

12. März

19:00, Sitzung des Kreisvorstandes

15. März

17:00 Wahl der Liste Stadtratswahl Bad Berka

20. März

18:00, „An Russland kann man nichts als glauben“ Lesung und Gespräch mit Petra Welitschkin, WKB Martina Renner (MdB) Warschauer Straße, 26a

18:30 Plenum BgR, „Wir sind eins - Für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit“, Jugend- & Kulturzentrum Mon Ami

21. März

Redaktionsschluss Ginkgo Blatt März

23. März

10:00 Wahlen: Direktkandidatur Landtagswahl im Herbst, Kandidat_innen-Liste Stadtrat Weimar, Ortsteile

ab 13.30 Uhr, BgR, „Wir sind eins - Für Vielfalt, Toleranz und Weltoffenheit“ Protest gegen zwei rechte Kundgebungen, Schützengasse sowie Schillerstraße

25. März

13:00 – 17:00 Sprechstunde Steffen Dittes, Marktstraße 17, Weimar

6. April

14:00 Wahlkampfauftakt DIE LINKE.



Eine andere Welt gestalten – trotz alledem!

Einladung

Frauentagsveranstaltung und Verleihung des 9. Frauenpreises
Donnerstag, 7. März 2019, 13.15 - 16.30 Uhr, Rathaus Erfurt, Festsaal
Femmage an Hedwig Dohm zwischen szenischer Lesung und Kabarett
Donnerstag, 7. März 2019, 18.30 Uhr, Café Nerly Erfurt

365
♀

**Jeder Tag
ein Frauentag:
Gleichberechtigung
endlich umsetzen!**

Alles Gute zum
Internationalen Frauentag
wünscht herzlich

DIE LINKE.
Fraktion im Thüringer Landtag

DIE LINKE.